



GLYPHOSAT – UNTERSCHÄTZTE GEFAHREN

Bei der in Kürze anstehenden Entscheidung, ob Glyphosat in der EU nochmal für 10 Jahre zugelassen wird, steht für Monsanto & Co. viel Geld auf dem Spiel. Weltweit wird der Marktwert des meistverkauften Pestizids auf über 5 Milliarden Dollar geschätzt. Bis vor kurzem konnten sich die Glyphosat-Hersteller in Sicherheit wiegen, dass sie kein Glyphosat-Verbot in der EU zu befürchten haben. Denn die zuständigen deutschen Behörden, die im Auftrag der EU die Risikobewertung übernommen haben, folgten dem Urteil der Pestizidindustrie: Glyphosat sei nicht gefährlich für Menschen. Dabei stützt sich das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bei der humantoxischen Bewertung vor allem auf Studien, die von Glyphosat-Herstellern in Auftrag gegeben wurden.

Zwar weisen zahlreiche wissenschaftliche Studien darauf hin, dass Glyphosat krebserregend ist, Missbildungen verursachen und andere gravierende Gesundheitsschäden verursachen kann – doch dies hat auf die Behördenvertreter offenbar keinen Eindruck gemacht. Das BfR hat einen Teil dieser Studien gar nicht berücksichtigt und die anderen für nicht oder nur eingeschränkt relevant beziehungsweise zuverlässig erklärt. Wie ist das möglich? Gehen die Behördenvertreter davon aus, dass alle diese Wissenschaftler sich komplett irren? Oder gehen sie möglicherweise nicht ganz unvoreingenommen an ihre Bewertung heran? Analysen des Bewertungsberichtes erwecken tatsächlich den Eindruck, dass bei der Bewertung von Studien mit zweierlei Maß gemessen wurde. Es gibt Hinweise darauf, dass bei Studien, die toxische Wirkungen von Glyphosat aufzeigen, ausgiebig nach methodischen Mängeln gesucht wurde, während die Argumente und Einschätzungen von Industrie-finanzierten Studien offenbar unkritisch übernommen und dabei teilweise offensichtliche Mängel übersehen wurden.

Was erfreulich für die Pestizidindustrie ist, erscheint den inzwischen mehreren hunderttausend Glyphosat-Gegnern höchst skandalös. Dient die behördliche Risikobewertung wirklich noch zuverlässig der Verpflichtung, die Bevölkerung vor toxischen Chemikalien zu schützen?

Diverse Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Wissenschaftler sind sich jedenfalls einig: Es widerspricht dem



© jes2uphoto / Fotolia

Zulassung für Glyphosat trotz Krebsgefahr?

Behördliche Risikobewertung verlässt sich auf Studien der Glyphosat-Hersteller – anerkannte wissenschaftliche Studien werden als nicht relevant eingestuft

in der EU-Gesetzgebung verankerten Vorsorgeprinzip, die Zulassung von Glyphosat zu verlängern trotz zahlreicher wissenschaftlicher Studien, die auf gravierende Gesundheitsgefahren hinweisen.

Die gute Nachricht: Die vermeintliche Sicherheit der Glyphosat-Hersteller gerät derzeit ins Wanken. Denn die Internationale Krebsforschungsagentur (IARC) der WHO ist in einer Ende Juli veröffentlichten Monographie zu dem Schluss gekommen, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserregend für den Menschen ist. Bringt dies die lang erhoffte Wende im Zulassungsverfahren? Die Autorität der IARC im Bereich der Krebsforschung wird auch im EU-Zulassungsverfahren schwer zu umgehen sein. Doch die Erfahrungen mit der Bewertung des BfR zeigen, dass die Behördenvertreter geübt darin sind, anerkannte wissenschaftliche Studien zu diskreditieren. Die Schlussfolgerungen der Europäischen Be-

hörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die das Zulassungsverfahren koordiniert, ist nun mit Spannung abzuwarten.

Unabhängig vom Ausgang des aktuellen Zulassungsverfahrens sollten Lehren aus dem Fall Glyphosat gezogen werden. Wir brauchen tiefgreifende Reformen bei der behördlichen Risikobewertung von

Pestiziden. Unter anderem muss zukünftig verhindert werden, dass Pestizidhersteller in behördliche Verfahren zur toxikologischen Bewertung ihrer Produkte involviert sind. Das Vertrauen der Bevölkerung in die behördliche Risikobewertung bleibt beschädigt, solange sie sich weiterhin vor allem auf Studien stützt, die von Pestizidherstellern selbst durchgeführt oder in Auftrag gegeben wurden.

Und letztlich zeigt das Beispiel Glyphosat auch, dass das ganze System des chemischen Pflanzenschutzes in Frage gestellt werden muss; denn das System der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden ist mit extrem hohen Kosten – auch für die Steuerzahler – verbunden, offenbar ohne dass ein angemessener Schutz vor toxischen Chemikalien gewährleistet werden kann.

Hinzu kommen Kosten in Milliardenhöhe auf Grund der durch Pestizide verursachten Umwelt- und Gesundheitsschäden. Die realen Kosten einer Landwirtschaft, die auf chemischen Pflanzenschutz setzt, sind also wesentlich höher als die Preise konventionell hergestellter Lebensmittel suggerieren. Würden sich diese realen Kosten mittels Abgaben und Steuern in den Lebensmittelpreisen widerspiegeln, würden sicher deutlich mehr Verbraucher Bio-Lebensmittel einkaufen.

> Fazit: Die Agrarpolitik muss dringend wirksame Anreize setzen für einen verstärkten Umstieg auf eine Landwirtschaft, die keine chemischen Pestizide einsetzt – zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt.

Julia Sievers-Langer, Leiterin einer Kampagne der Agrar Koordination zu Glyphosat



Unterzeichnen Sie jetzt den Lobbybrief an den Bundeslandwirtschaftsminister

Hier online unterschreiben oder Unterschriftenlisten anfordern:
www.agrarkoordination.de/projekte/roundup-co/lobbybrief/

Bild: Sybilla Keitel nach Carl Spitzweg, Der Sonntagsspaziergang

„Intensivstationen voll von missgebildeten Kindern“

Interview mit dem Arzt Medardo Avila Vazquez zum Pestizideinsatz in Argentinien

Agrar Koordination: Wie sind Sie persönlich bei Ihrer Arbeit im Krankenhaus mit den Auswirkungen des Pestizideinsatzes konfrontiert?

Medardo Avila Vazquez: Wir bekommen dauerhaft Patienten aus landwirtschaftlichen Gemeinden mit schweren Gesundheitsproblemen, wie zum Beispiel Kinder mit Missbildungen. Es gibt Zeiten, in denen die Neugeborenen-Intensivstationen voll von missgebildeten Kindern sind.

Agrar Koordination: Welche Rolle spielt Ihrer Einschätzung nach Glyphosat für die Gesundheitsprobleme in ländlichen Gebieten?

Medardo Avila Vazquez: In Argentinien werden 318 Millionen Liter Pestizide pro Jahr verwendet, davon sind 200 Millionen Glyphosat. Argentinien ist weltweit das Land mit dem größten Verbrauch an Glyphosat pro Kopf und pro Jahr: Wir verbrauchen 5 Liter Glyphosat pro Kopf. In den ländlichen Gebieten steigt der Glyphosat-Einsatz auf 20-30 Liter pro Kopf im Jahr. In einigen Dörfern, wie Monte Maíz, wo un-

sere letzte Forschung stattgefunden hat, beläuft sich diese Belastung sogar auf 70 Liter Glyphosat pro Kopf im Jahr. In Monte Maíz traten dreimal mehr Krebsfälle auf als in der Stadt Córdoba oder in Buenos Aires. Ich bin der Auffassung, dass Glyphosat der Hauptfaktor ist, der die Krankheiten der Landbevölkerung Argentiniens erklärt.

Agrar Koordination: Sie haben das „Netzwerk der Ärzte der besprühten Dörfer“ mit aufgebaut. Was unternehmen Sie in diesem Netzwerk?

Medardo Avila Vazquez: Wir machen unter Ärzten die giftigen Auswirkungen der Pestizide bekannt. Außerdem führen wir eigene epidemiologische Untersuchungen durch. Wir unterstützen Gesundheitsteams in Dörfern, damit sie das Recht ihrer Patienten auf Gesundheit gegenüber den mächtigen Interessen des Agrargeschäfts und der lokalen und nationalen Regierung verteidigen können. Denn in Argentinien streitet die Regierung dieses Problem ab.

Agrar Koordination: Was fordern Sie von Ihrer Regierung im Hinblick auf den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft?

Medardo Avila Vazquez: Nach dem Gutachten der IARC fordern wir ein Verbot von Glyphosat. Wir fordern mit sofortiger Wirkung das Verbot des Spritzens per Flugzeug und dass nicht im Umkreis von 1.000 Metern Entfernung von Dörfern gesprüht werden darf. Schrittweise fordern wir das totale Verbot von Pestiziden und das Ersetzen des gentechnischen Agrarmodells durch ein biologisches.

Agrar Koordination: Ein Großteil des in Argentinien produzierten Sojas wird nach Europa exportiert. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie für die EU?

Medardo Avila Vazquez: Die Europäer sollten wissen, dass dieses Soja beladen ist mit Tod, Krankheit und Umweltzerstörung. Messungen, die 2013 durchgeführt wurden, ergaben, dass 1 kg argentinischer Sojabohnen zwischen 95 und 116 Milligramm Glyphosat enthält. Die erlaubte

Obergrenze für Glyphosatrückstände ist 20 Milligramm. Ich denke, dass die Europäer Produkte zurückweisen sollten, die dieses Gift absorbiert haben. Denn die Tiere, die mit glyphosathaltigem Futter ernährt werden, leiden unter den gesundheitlichen Auswirkungen und schließlich enden sie als menschliche Lebensmittel.



Medardo Avila Vazquez arbeitet in einem Krankenhaus und an der National University of Córdoba (Argentinien). Vom 1.11. bis zum 7.11. kommt er für eine Vortragsreise nach Deutschland. Infos zu Vortragsterminen bei: julia.sievers@agrarkoordination.de

Welternährung ohne Glyphosat & Co.

Interview mit Felix Prinz zu Löwenstein und Bernhard Walter

Agrar Koordination: Einige Akteure – von Glyphosatherstellern bis zu CDU-Politikern – prognostizieren erhebliche Ertragseinbußen in der europäischen Landwirtschaft, falls Glyphosat verboten wird. Herr zu Löwenstein, was sagen Sie zu diesen Prognosen?

Felix zu Löwenstein: Das ist Unsinn. Denn auch wenn Glyphosat manchmal kostengünstiger als eine entsprechende mechanische Unkrautkontrolle ist, so ist sein Einsatz in der Regel eine Frage der Bequemlichkeit. Viele konventionelle Betriebe setzen das Mittel überhaupt nicht ein. Außerdem: Wenn Kosten entstehen, die von der Allgemeinheit zu tragen sind – wie beispielsweise Schäden am Grundwasser oder an der Artenvielfalt – oder wenn Gesundheitsschäden drohen, dann können Mehrkosten bei den bisherigen Anwendern kein Argument sein!

Agrar Koordination: Wie kann verhindert werden, dass im Fall eines Glyphosat-Verbots vermehrt andere, ebenfalls gefährliche Pestizide eingesetzt werden?

Felix zu Löwenstein: Ändern wird sich in der Landwirtschaft nur etwas, wenn die Nutzung von Pestiziden nicht die „günstigste“ Variante ist. Hier ist Politik gefragt: Eine Abgabe für Pestizide würde deren Nutzung verteuern und ökologischen Pflanzenschutz attraktiver machen. Die Mittel, die mit der Abgabe eingenommen werden, könnten zweckgebunden eingesetzt werden, um ökologischen Pflanzenschutz weiter zu entwickeln und Betriebe zu belohnen, die ihre Pflanzen ökologisch schützen.

Agrar Koordination: Ein gängiges Argument lautet, dass chemische Pestizide nötig seien, um ausreichend Nahrungsmittel für die Weltbevölkerung zu produzieren. Ist das zutreffend?

Felix zu Löwenstein: Das klingt logisch – stimmt aber nicht. Fakt ist: Das Rückgrat der Welternährung bilden die Millionen Kleinbauern, die ihre Familien vor Ort versorgen. Gerade die Landwirte in den Ländern des Südens haben überhaupt kein Geld für ein System, das auf den hohen

Input teurer Pestizide oder patentiertes Saatgut setzt. Agrarökologische Methoden und Systeme, die den Boden fruchtbar halten und es den Bauern ermöglichen, auch in schwierigen Klimazonen keine Spitzen- aber stabile Erträge vielfältiger Feldfrüchte zu erzeugen, sind der beste Weg im Kampf gegen den Hunger.

Agrar Koordination: Herr Walter, was sagen Sie zu dem Argument, dass Pestizide nötig seien, um die Welternährung sicherzustellen?

Bernhard Walter: Wenn man bedenkt, dass heute schon genügend Nahrungsmittel für 12 Milliarden Menschen angebaut werden, gleichzeitig aber 800 Millionen Menschen hungern, sieht man, dass die Sicherung der Welternährung nicht nur von den verfügbaren Mengen abhängt, sondern auch von der Kaufkraft, der Verteilung, der Lebensmittelverschwendung, der Nachernteverluste, der Verwendung von Nahrungsmitteln für Biosprit oder Futtermittel. Deswegen könnten wir auch mit einer weniger intensiven Landwirtschaft, mit weniger Mineraldünger und weniger Pestiziden die Welt ernähren.

Agrar Koordination: Wie funktionieren der Pflanzenschutz und die Unkrautbekämpfung in der ökologischen Landwirtschaft?

Felix zu Löwenstein: Nicht durch schlichtes Weglassen chemisch-synthetischer Pestizide. Sondern durch den Aufbau widerstandsfähiger Anbausysteme, durch Fruchtfolgen, Sortenwahl, Förderung von Nützlingen und eines belebten Bodens.

Agrar Koordination: Herr Walter, welche Erfahrungen gibt es mit der ökologischen Landwirtschaft in Asien, Afrika und Südamerika? Kann die landwirtschaftliche Produktion auch ohne Pestizide gesteigert werden?

Bernhard Walter: In den Ländern des Südens kann die ökologische Landwirtschaft zu Ertragssteigerungen führen. Oft wird dort eher noch gar nicht oder ganz wenig gedüngt, es ist keine Integration von Viehhaltung und Ackerbau vorhanden, so dass wertvoller Tierdung gar nicht für den Ackerbau zur Verfügung steht, es fehlt an

abgestimmten Fruchtfolgen, Mischkulturen oder an Erosionsschutz. Auf vielen Feldern können durch agrarökologische Maßnahmen die Erträge gesteigert werden, auch ohne den Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden.

Agrar Koordination: Können Sie uns ein Beispiel nennen für eine erfolgreiche agrarökologische Maßnahme?

Bernhard Walter: Ein erfolgreiches Beispiel für die Schädlingsbekämpfung ohne Pestizide ist die berühmte Push- und Pull-Methode beim Maisanbau in Afrika. Dabei wird zwischen den etwas gelockerten Reihen von Mais oder Hirse die Hülsenfrucht Desmodium gepflanzt. Sie unterdrückt die Striga-Pflanzen, ein Unkraut, das sich rasch verbreitet und zu Ertragseinbußen führt. Der Desmodium-Geruch „stinkt“ zudem dem Maisstängelbohrer und vertreibt ihn so (Push). Um die Felder herum pflanzen die Bauern Napiergras, das eine unwiderstehliche Wirkung auf Stängelbohrerweibchen ausübt (Pull). Die Larven, die aus den ins süße Napiergras gelegten Eiern schlüpfen, verenden bei dem Versuch, sich in das Gras hineinzufressen, in dessen klebrigem Pflanzensaft.

Agrar Koordination: Herr zu Löwenstein, Sie haben ein Buch geschrieben mit dem Titel „Food Crash – Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr“. Warum sehen Sie keine Zukunft für die konventionelle Landwirtschaft und die chemische Unkrautbekämpfung?

Felix zu Löwenstein: Weil die industriell gewordene Landwirtschaft Ressourcen verbraucht und schädigt, die wir für die Zukunft der Nahrungproduktion dringend brauchen. Ich meine damit vor allem die immer dramatischere Zerstörung der Artenvielfalt, die wir auf der Erde ebenso dringend brauchen wie unser Immunsystem. Oder den beträchtlichen Beitrag der Landwirtschaft zur globalen Erwärmung und zur Überfrachtung mariner Ökosysteme mit Nährstoffüberschüssen. Wir brauchen eine ökologische Alternative, um zukunftsfähig zu werden. Und den Weg

dorthin kann der ökologische Landbau bahnen!

Agrar Koordination: Herr Walter, wird in der Entwicklungszusammenarbeit genug getan, um über die Gefahren von Pestiziden aufzuklären und nicht-chemische Alternativen zu fördern?

Bernhard Walter: In der Entwicklungszusammenarbeit wird häufig auf den Einsatz von Pestiziden gesetzt. Man orientiert sich dabei auch an den Methoden der Landwirtschaft der USA oder der EU. Und viele Agrarchemiekonzerne sehen in den Entwicklungsländern wichtige Absatzmärkte, so dass sie mit eigenen Beratern dort Kurse über die Vorteile ihrer Pestizide anbieten. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit müsste wesentlich mehr tun, um über Alternativen zum Pestizideinsatz aufzuklären, denn Pestizide sind Gifte.



Dr. Felix Prinz zu Löwenstein ist promovierter Landwirt, bewirtschaftet einen eigenen Bio-Betrieb in Hessen und ist Vorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).



Dr. Bernhard Walter ist promovierter Landwirt. Er arbeitet seit 2005 bei Brot für die Welt zu den Themen Ernährungssicherung, Landwirtschaft und Umwelt, nachdem er in Afrika in der Entwicklungszusammenarbeit tätig war.

Entwicklungshilfe für Pestizidhersteller?

Eine kritische Auseinandersetzung mit den gesundheitlichen Auswirkungen des Einsatzes von Glyphosat und anderen Pestiziden ist bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) offenbar nicht erwünscht. Der staatlichen Entwicklungshilfeorganisation scheint mehr an einer guten Zusammenarbeit mit Pestizidherstellern gelegen zu sein, als an der Entwicklung von Strategien, wie die Menschen in Partnerländern vor hochgefährlichen Pestiziden geschützt werden können. Diesbezügliche Gesprächsangebote mit ausgewiesenen Experten wie zum Beispiel dem Arzt Medardo Avila Vazquez (siehe Interview) werden von der zuständigen Fachabteilung im Hauptsitz der GIZ abgelehnt. Begründet wird dies damit, dass der Einsatz von Glyphosat als unbedenklich angesehen wird, solange der Wirkstoff in Europa zugelassen sei und für die GIZ keine Notwendigkeit bestehe, vor Ablauf des aktuellen Glyphosat-Zulassungsverfahrens „in die Debatte um Glyphosat einzugreifen“.

Dabei wird aber übersehen, dass der Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden in Afrika, Asien und Lateinamerika spezielle Gefahren birgt, die im Rahmen der behördlichen Risikobewertung in der EU nicht berücksichtigt werden.

Zum Beispiel spielt in EU-Zulassungsverfahren keine Rolle, dass Pestizide in Entwicklungsländern unter ganz anderen



Appellieren Sie mit uns an das Entwicklungsministerium, ökologische Anbauverfahren zu fördern und die Kooperation mit Pestizidherstellern zu beenden. Bestellung der Appell-Postkarten bei: bestellung@agrarkoordination.de

Bild: Sybilla Keitel

Bedingungen eingesetzt werden. Wenn Pestizide zum Beispiel per Flugzeug gespritzt werden und es keine wirksamen Schutzabstände zu Siedlungen gibt, wie zum Beispiel in Argentinien und Südafrika, ist die ländliche Bevölkerung vor Ort den Pestiziden besonders schutzlos ausgeliefert. Auch Pestizidanwender sind in

Afrika, Asien und Lateinamerika häufig sehr schlecht geschützt. Trotz zahlreicher Programme zur „sicheren Pestizidanwendung“ werden oft selbst minimale Schutzvorkehrungen nicht eingehalten. Die meisten Pestizidanwender tragen keine Schutzkleidung, denn oft ist sie vor Ort nicht verfügbar oder zu teuer; und außer-

dem ist es unter tropischen Bedingungen sehr unangenehm, die notwendige Schutzausrüstung zu tragen.

Die offensichtlich durch Pestizide ausgelösten Gesundheitsprobleme in Südamerika werden im EU-Zulassungsverfahren für die Risikobewertung von Glyphosat auch deshalb nicht berücksichtigt, weil die Schäden nicht eindeutig dem Wirkstoff Glyphosat zugeordnet werden können. Denn Glyphosat wird in der Praxis in Kombination mit verschiedenen anderen toxischen Chemikalien eingesetzt.

Aber dass es in Südamerika Handlungsbedarf gibt, ist offensichtlich – unabhängig davon, ob die Schäden durch Glyphosat oder andere Pestizide verursacht wurden. Der Einsatz von Glyphosat lässt sich ohnehin nicht von der Nutzung anderer toxischer Pestizide und Pestizidbeistoffe trennen. So ist zum Beispiel der besonders toxische Beistoff POE-Tallowamin weltweit offenbar noch in vielen Glyphosatprodukten enthalten, obwohl der Stoff in Deutschland bereits vom Markt genommen wurde. Wissenschaftliche Studien hatten ergeben, dass Glyphosatprodukte mit dem Beistoff POE-Tallowamin um ein Vielfaches toxischer sind als Glyphosat allein.

Gerade die Erfahrungen mit dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zeigen, dass die Gefahren von Glyphosat nicht isoliert betrachtet werden dürfen. So führt der jahrelange Einsatz von Gly-

phosat in Monokulturen zur Entwicklung glyphosatresistenter Unkräuter, wie sich in vielen Ländern gezeigt hat. In der Folge setzen Landwirte vermehrt zusätzliche

Applantagen häufen, ist ein Schwerpunkt der GIZ-Arbeit die Förderung der konservierenden Bodenbearbeitung. Das ist ein Anbauverfahren, bei dem aufs Pflügen verzichtet wird – und bei dem besonders häufig Glyphosat gespritzt wird.

Gravierende Probleme gibt es in vielen Ländern, in denen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich aktiv ist, auch im Hinblick auf die Zulassung und Kontrolle von Pestiziden. In Südafrika zum Beispiel, wo gentechnisch veränderter Mais als Lebensmittel zugelassen ist, werden keine Glyphosat-Rückstandskontrollen durchgeführt – obwohl gentechnisch veränderter Mais in großen Mengen mit Glyphosat gespritzt wird. Das ist besonders alarmierend angesichts der Tatsache, dass Mais im südlichen Afrika ein Hauptnahrungsmittel ist.

Doch statt in Beratungsprogrammen darauf hinzuwirken, dass die Bevölkerung vor Ort besser vor gefährlichen Pestiziden geschützt wird, setzen die Institutionen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit andere Prioritäten. So nimmt die Kooperation mit der Privatwirtschaft, unter anderem mit Pestizidher-

stellern wie Bayer, BASF und Syngenta derzeit einen hohen Stellenwert ein – zum Beispiel in Programmen wie der German Food Partnership (GFP), der New Alliance for Food Security and Nutrition und der „Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger“.

Trainingsmaterialien eines GFP-Projektes in Afrika offenbaren, dass der Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden befürwortet wird, während erfolgreiche Ansätze der nicht-chemischen Schädlingsbekämpfung darin keine Rolle spielen. Die Trainingsmaterialien eines GFP-Projektes in Afrika offenbaren, dass der Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden befürwortet wird, während erfolgreiche Ansätze der nicht-chemischen Schädlingsbekämpfung darin keine Rolle spielen. Die Trainingsmaterialien eines GFP-Projektes in Afrika offenbaren, dass der Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden befürwortet wird, während erfolgreiche Ansätze der nicht-chemischen Schädlingsbekämpfung darin keine Rolle spielen.

scheidende Vorteile für Kleinbauern und -bäuerinnen. Die GIZ bleibt dagegen eine schlüssige Erklärung, welchen entwicklungspolitischen Mehrwert Kooperationen mit Pestizidherstellern haben sollen, schuldig. Sicherlich dient sie den privatwirtschaftlichen Interessen einer Ausweitung der Vermarktung von Pestiziden auf den teils noch wenig erschlossenen Märkten. Es gibt dagegen viele Argumente dafür, dass ein aus den Industrieländern importiertes Landwirtschaftssystem, das



„Ich finde die Kampagne der Agrar Koordination wichtig, weil Glyphosat ein Zahnrad in einem kranken Agrarsystem ist, aus dem wir Bäuerinnen und Bauern ausbrechen müssen.“

Gertraud Gafus, Bäuerin, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Pestizide ein, die nachweislich human-toxisch sind – zum Beispiel Paraquat und Endosulphan.

Dass die GIZ nicht bereit ist, sich mit diesen vom EU-Zulassungsverfahren für Glyphosat unabhängigen Problematiken auseinanderzusetzen, ist schwer nachzuvollziehen. Denn die GIZ führt Landwirtschaftsprogramme auch in Ländern durch, die besonders von den gesundheitlichen Folgen des Pestizideinsatzes betroffen sind – zum Beispiel Paraguay. Während sich dort Fehlbildungen bei Neugeborenen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden auf So-

lassen ist, werden keine Glyphosat-Rückstandskontrollen durchgeführt – obwohl gentechnisch veränderter Mais in großen Mengen mit Glyphosat gespritzt wird. Das ist besonders alarmierend angesichts der Tatsache, dass Mais im südlichen Afrika ein Hauptnahrungsmittel ist.

Doch statt in Beratungsprogrammen darauf hinzuwirken, dass die Bevölkerung vor Ort besser vor gefährlichen Pestiziden geschützt wird, setzen die Institutionen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit andere Prioritäten. So nimmt die Kooperation mit der Privatwirtschaft, unter anderem mit Pestizidher-

stellen wie Bayer, BASF und Syngenta derzeit einen hohen Stellenwert ein – zum Beispiel in Programmen wie der German Food Partnership (GFP), der New Alliance for Food Security and Nutrition und der „Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger“.

auf den Kauf von Hybridsaatgut, Pestiziden und mineralischen Düngemitteln setzt, armen Kleinbäuerinnen und -bauern in Afrika, Asien und Lateinamerika mehr Schaden als Nutzen bringt.

Julia Sievers-Langer, Agrar Koordination

„Ich finde die Kampagne der Agrar Koordination wichtig, weil wir diese Unterstützung im Europaparlament brauchen, um Ackergifte zu begrenzen und das europäische Vorsorgeprinzip zu stärken.“



Martin Häusling, Mitglied des Europäischen Parlaments

Schutz durch Importverbot?

Welche handelsrechtlichen Möglichkeiten gibt es, den Import von Agrarprodukten zu verbieten, wenn sie mit Glyphosat behandelt wurden?

Das internationale Handelsrecht setzt für Importverbote enge Grenzen. Die Regeln der Welthandelsorganisation und ihre Auslegung in Entscheidungen ihrer Schiedsgerichte sind ziemlich restriktiv. Das Grundprinzip der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung sind für den Umgang mit Glyphosat und anderen Pestiziden sinnvoll: Für importierte Produkte dürfen keine strengeren Standards gelten als für solche, die in der EU erzeugt werden. Sollen also der Einsatz von Glyphosat verboten oder die Grenzwerte für Rückstände verschärft werden, muss dies zunächst für die Erzeugung in der EU gelten und kann dann – zumindest teilweise – auch auf importierte Produkte angewendet werden.

Von der Mehrheit der WTO-Mitglieder und der Handelsjuristen werden die WTO-Regeln allerdings so ausgelegt, dass ein Staat den Handel mit bestimmten Produkten nur einschränken kann, wenn dies dem Schutz der Umwelt und der Gesundheit auf seinem Territorium dient. Es wäre daher kaum möglich, zum Beispiel den Import von Soja aus Paraguay oder Argentinien einzuschränken, weil der Einsatz von Glyphosat beim Anbau die Menschen dort krank macht oder die Biodiversität zerstört.



**„Die Gefahren von Roundup & Co – Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit“
Tagung am 3.11.15 in Berlin,
Infos und Anmeldung bei:
julia.sievers@agrarkoordination.de**

Bild: Big Face / Fotolia

Anders sieht es beim Import von Agrarprodukten aus, die Glyphosatrückstände enthalten. Hier kann die EU eigene Grenzwerte festlegen, die nicht strenger sein dürfen als für einheimische Erzeugnisse und wissenschaftlich begründet sein müssen. Das Abkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen der WTO (gesundheitliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen) empfiehlt dabei die Orientierung an den internationalen Standards der Codex Alimentarius Kommission (CAC). Für Glyphosat gibt es entsprechende Empfehlungen für Rückstände in vielen Erzeugnissen. So empfiehlt die CAC zum Beispiel für Soja einen Rückstandshöchstgehalt in Höhe von 20 mg/kg – eine Empfehlung, der die EU gefolgt ist. Grenzwerte in Höhe der CAC-Empfehlungen werden von der WTO automatisch als wissenschaftlich begründet anerkannt.

Bei strengeren Grenzwerten muss begründet werden, dass ein gewünschtes höheres Niveau des Gesundheitsschutzes nur so erreicht werden kann. Für die EU und Deutschland würde dies einen grundlegenden Wandel in der behördlichen Risikobewertung und Politik im Hinblick auf Glyphosat und andere Pestizide erfordern. Studien, die auf Gesundheitsgefahren hinweisen, müssten ernstgenommen werden und unter Anwendung des Vorsorgeprinzips als Begründung für strengere Grenzwerte oder gegebenenfalls eine Nulltoleranz für Glyphosatrückstände herangezogen werden. Dies würde auch für importierte Erzeugnisse gelten. Mittelfristig sollten die Risiken von Glyphosat durch weitere unabhängige Forschungen weiter untersucht werden, um auch eine geänderte internationale Einschätzung in der Codex Alimentarius Kommission vorzubringen.

Tobias Reichert, Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch e.V.



Sojapflanze

Bild: Junior Gobira / Fotolia

Ohne Gentechnik

Lebensmittelhandel setzt sich für gentechnikfreie Fütterung ein

Agro-Gentechnik in Deutschland hätte sich erledigt, wenn es die Futtermittelimporte nicht gäbe. Und die sind ein Synonym für Gentechnik-Soja, die mit Glyphosat gespritzt wird. Jetzt prescht der Lebensmittelhandel vor. Er will Gentechnik vollständig aus den Futtertrögen verbannen – deutschlandweit. Dabei setzt er mittelfristig auf europäische Eiweißquellen, etwa auf Soja aus der Donauregion.

Lebensmittel- gegen Futtermittelhandel – seit Mitte 2014 tobt ein erbitterter Streit darum, wer in Gentechnikfragen die Regeln setzt. Die Protagonisten: der Raiffeisenverband und der deutsche Lebensmittel Einzelhandel (LEH). Zwar verkauft der LEH seit Einführung der Gentechnik-Kennzeichnungspflicht in der EU im Jahr 2004 keine Waren mit dem entsprechenden Label, hat aber bei tierischen Produkten lange halbherzig agiert. Aufgrund einer Lücke in der EU-Gesetzgebung – nur gentechnisch veränderte Futtermittel müssen gekennzeichnet werden, nicht aber die aus ihnen gewonnenen Produkte wie Milch, Fleisch und Eier – bleibt das

Gros der Gentechnik-Pflanzen unsichtbar. Nur der Bauer weiß, ob seine Tiere Gentechnik-Futtermittel im Trog hatten, der Verbraucher erfährt davon nichts. Für mehr Transparenz und Wahlfreiheit hat erst die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung gesorgt. Sie ist 2008 in Kraft getreten und freiwillig.

„Ohne Gentechnik“ allerdings ist ein zähes und vor allem ein kostspieliges Geschäft. Denn nicht etwa die Verursacher des Problems, die Gentechnik-Anwender, sind für eine saubere Trennung der Warenströme und Analysen auf gentechnische Verunreinigungen verantwortlich. Dafür müssen die gentechnikfreien Lebensmittelproduzenten sorgen. Kein Wunder also, dass „ohne Gentechnik“-Produkte bisher mehr oder weniger ein Nischendasein fristeten. Für den Raiffeisenverband war das eine komfortable Situation – als bedeutendster Futtermittellieferant der Republik und bekennender Gentechnik-Fan konnte er diese Produkte bisher als eine Liebhaberei irgendwelcher Verbraucher-Versteher abtun.



„Zum Schutz der menschlichen Gesundheit muss Glyphosat umgehend verboten werden.“

Dr. Jan Salzmann, Facharzt für Innere Medizin. Startete mit Campact einen Ärzte-Appell für ein Glyphosat-Verbot, der über 6700 mal unterzeichnet wurde.

Das ist vorbei, seit der LEH vehement für die gentechnikfreie Fütterung als neuen Goldstandard in der tierischen Produktion wirbt. Unfreiwillig viel dazu beigetragen hat Wiesenhof. Der größte Geflügelmäster Deutschlands hatte Anfang 2014 den Ausstieg aus der gentechnikfreien Fütterung angekündigt und den Handel vor vollendete Tatsachen gestellt – und offenbar so richtig vor den Kopf gestoßen. Daraufhin wurde es lebhaft. Mit dem Ergebnis, dass Wiesenhof sein Geflügel inzwischen wie-

der gentechnikfrei füttert, das „ohne Gentechnik“-Siegel von immer mehr Herstellern verwendet wird und der gesamte Handel sich zur gentechnikfreien Fütterung bekennt.

Für den LEH geht es jetzt darum, Gentechnik ganz aus der Tierfütterung zu verbannen. Ersetzt werden sollen mittelfristig 4,5 Millionen Tonnen Sojaschrot aus Übersee, von denen ein Großteil gentechnisch verändert ist. Ohne die hiesigen Nutztierbestände zu reduzieren, so der Plan, soll zunächst Gentech-Soja aus Nord- und Südamerika durch gentechnikfreie Ware aus Brasilien ersetzt werden, um dann schrittweise zu europäischen Eiweißquellen überzugehen.

Hier kommt „Donausoja“ ins Spiel. Der in Wien ansässige Verein fördert den Anbau europäischer Soja in 16 Ländern der Donauregion und wirbt dafür Bauern und Flächen. Für das Jahr 2015 sind 120 000 Tonnen gentechnikfrei zertifizierte Soja anvisiert. Das ist angesichts von etwa

35 Millionen Tonnen Importsoja für die gesamte EU erst einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber ein notwendiger erster Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Lösung.

Fazit: Gesellschaftliche Debatten zwingen Wirtschaftsakteure dazu, ihre Produktionsweisen zu überdenken und zu ändern. Zwar sind die Motive nicht nur ehrenhaft. So wird an der massenhaften Tierproduktion nicht gerüttelt. Vielmehr geht es darum, sie zu „modernisieren“ und ihr so weiterhin Akzeptanz zu sichern. Und auch beim Anbau von weiteren Leguminosen auf deutschen Äckern wie Ackerbohnen, Erbsen und Lupinen wäre mehr Engagement wünschenswert. Nichtsdestotrotz: Dass der deutsche LEH viel daran setzt, den Anfang vom Ende des Gentech-Sojas einzuleiten, verdient Respekt.

Heike Moldenhauer, Leiterin Gentechnik- und TTIP-Politik beim BUND e. V. und Mitglied im Beirat des Verbands Lebensmittel ohne Gentechnik VLOG e.V.

Ein Bündnis folgender Verbände fordert:



Glyphosat verbieten

Zulassungsverfahren für Pestizide grundlegend reformieren, nicht-chemischen Pflanzenschutz verstärkt fördern!

Das Zulassungsverfahren für den Pestizidwirkstoff Glyphosat offenbart aus unserer Sicht grundlegende Defizite bei der behördlichen Risikobewertung von Pestiziden. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, einzugreifen, um die kritikwürdige Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu korrigieren und sicherzustellen, dass das in der Pestizidgesetzgebung verankerte Vorsorgeprinzip angewendet wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich dafür einzusetzen, dass das BfR und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die Einschätzung der IARC bei ihren Schlussfolgerungen zur Toxizität von Glyphosat im Rahmen des aktuellen Zulassungsverfahrens berücksichtigen;
- sich auf EU-Ebene für ein Verwendungsverbot von Glyphosat und den besonders toxischen Zusatzstoff POE-Tallowamin einzusetzen;
- das BfR anzuweisen, alle Studien, die in Pestizidzulassungsverfahren eingereicht wurden, offenzulegen, um eine Überprüfung durch unabhängige Wissenschaftler zu ermöglichen. Bei Studien zur Toxizität von Glyphosat handelt es sich nicht um Geschäftsgeheimnisse, sondern um Informationen, auf die die Öffentlichkeit ein Anrecht hat;
- sich auf EU-Ebene für grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden einzusetzen. Diese Reformen müssen u. a. folgende Aspekte beinhalten:
 - ▶ Es muss sichergestellt werden, dass die Befunde aller unabhängigen wissenschaftlichen Studien der letzten 10 Jahre in die behördliche Risikobewertung einfließen.
 - ▶ Durch eine tiefgreifende Änderung der Gesetzgebung auf EU-Ebene muss festgelegt werden, dass die notwendigen Zulassungsprüfungen nicht mehr von den antragstellenden Pestizidfirmen, sondern von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten durchgeführt werden. Diese Studien müs-

sen über einen Industrie-unabhängig verwalteten Fonds finanziert werden, der durch Gebühren von den antragstellenden Firmen gespeist wird. Die Pestizidhersteller dürfen grundsätzlich nicht an der Auftragsvergabe, der Konzipierung der Prüfverfahren und an der Auswertung der Studien beteiligt sein. Die Toxizitäts-Studien müssen grundsätzlich veröffentlicht werden.

- ▶ Die Erfahrungen mit POE-Tallowaminen zeigen, dass Pestizidprodukte, die neben den Pestizidwirkstoffen auch zahlreiche andere Zusatzstoffe enthalten, um ein Vielfaches toxischer sein können, als der Pestizidwirkstoff allein. Die Risikoabschätzung im Rahmen der Produktzulassung muss daher dringend verbessert werden. Die Produkte eines Pestizidwirkstoffs, in der Kombination aller Inhaltsstoffe, müssen in geeigneter Form dahingehend überprüft werden, ob sie eine höhere Toxizität aufweisen als der Wirkstoff allein.
- ▶ Ebenso müssen innerhalb des Zulassungsverfahrens Kombinationswirkungen mit anderen häufig verwendeten Pestizidwirkstoffen mit abgeprüft werden.
- ▶ Zudem müssen die Transparenz der Zulassungsverfahren verbessert und eine vollständige Deklaration aller Inhaltsstoffe bei Pestizidprodukten zur Pflicht werden.
- ▶ Verbesserte Anwendungs- und Rückstandskontrollen sind notwendig für den Schutz der Bevölkerung. Pestizidhersteller müssen an den Kosten für Anwendungs- und Rückstandskontrollen beteiligt werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Bevölkerung die externen Umwelt-, Gesundheits- und Kontrollkosten tragen muss.
- ▶ Für den Schutz von Menschen und Nutztieren ist es erforderlich, systematische und reguläre Überprüfungen importierter Lebens- und Futtermittel, bei denen Glyphosatrückstände zu erwarten sind (u.a. Soja, Getreide), einzuführen. Dabei müssen anders als bisher auch Tallowamin-Rückstände mit erfasst werden.

- Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Agrarpolitik verstärkt für eine Reduktion des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft einzusetzen. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- ▶ Agrarumweltmaßnahmen (AUM) der Bundesländer, bei denen Betriebe auf den Einsatz von Pestiziden verzichten, sollten entsprechend höhere Fördersätze erhalten. Auf allen ökologischen Vorrangflächen im Rahmen des Greenings sind Pestizide auszuschließen.
- ▶ Nicht-chemische Verfahren des Pflanzenschutzes und die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft müssen verstärkt gefördert werden. Dafür muss die Verpflichtung der Bundesregierung aus der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – 20 % Ökolandbaufläche in Deutschland –, die auch im Nationalen Aktionsplan zur Nachhaltigen Anwendung von Pestiziden (NAP) als Zielgröße steht, endlich mit zielführenden, ausreichend finanzierten Maßnahmen und einem Stufenplan versehen werden.
- ▶ Ackerbau ohne Glyphosateinsatz und nicht-chemische Verfahren des Pflanzenschutzes müssen verpflichtender Teil der landwirtschaftlichen Ausbildung-, Weiterbildung und Beratung werden.
- ▶ Unabhängige wissenschaftliche Arbeit und Forschung ist zugunsten nicht-chemischer Pflanzenschutzverfahren auszuweiten und angemessen zu finanzieren.

- Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der internationalen (Entwicklungs-) Zusammenarbeit für ein Verbot von Glyphosat, POE-Tallowaminen und anderen hochgefährlichen Pestiziden einzusetzen. Damit verbunden ist die Bundesregierung aufgerufen:

- ▶ abzuweichen von einer direkten Kooperation der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Pestizidherstellern, um die Unabhängigkeit von privatwirtschaftlichen Interessen sicherzustellen.
- ▶ ökologische Anbauverfahren und die Abkehr von chemisch-synthetischen Pestiziden im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern;
- ▶ vor allem in den vom Glyphosateinsatz besonders betroffenen Sojaanbaubereichen in Südamerika für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung zu sorgen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, indem sie die aufgeführten Maßnahmen zum Schutz vor gefährlichen Pestiziden umsetzt.



DIE AGRAR KOORDINATION

Seit 1983 arbeiten wir bundesweit in der entwicklungs- und umweltpolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen aus Landwirtschaft und Ernährung. Mit unseren Projekten wollen wir die agrarpolitischen Entwicklungen in eine Richtung beeinflussen, die nachhaltig ist. Wir informieren über die Auswirkungen der internationalen und der EU-Agrarpolitik auf die Länder des Südens und deren Ernährungssouveränität. Dabei setzen wir uns für eine moderne bäuerliche Landwirtschaft ein, die Artenvielfalt, Böden und Gewässer schützt. Dazu gehört unserer Ansicht nach die lokale Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie faire Preise für Bäuerinnen und Bauern in Nord und Süd. Das Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V. ist der gemeinnützige Trägerverein der Agrar Koordination. Wir freuen uns über neue Mitglieder!

› BILDUNGS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Seit 2004 bringen wir mit unserem Bildungsprojekt BIOPOLI globale Agrarpolitik an Schulen in ganz Deutschland. Unsere geschulten ReferentInnen gestalten mit Schulen und Jugendgruppen Unterrichtsstunden und Projekttage. Regelmäßig veröffentlichen wir unser vielseitiges Agrar Info, Studien und Bildungsmaterialien, in denen wir aktuelle agrarpolitische Themen aufgreifen. Bundesweit organisieren wir, oft in Kooperation mit anderen Verbänden, entwicklungs- und agrarpolitische Informations- und Diskussionsveranstaltungen und Kampagnen.

› UNSERE GLYPHOSAT-KAMPAGNE

Mit unserer Kampagne informieren wir die Öffentlichkeit über die Gefahren von Glyphosat und anderen Pestiziden und zeigen Alternativen zum vorherrschenden System des chemischen Pflanzenschutzes auf. Gemeinsam mit anderen Verbänden arbeiten wir daran, Vertreter von Behörden, Politik und Entwicklungshilfeinstitutionen davon zu überzeugen, dass eine Abkehr von Glyphosat & Co. notwendig ist für den Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt. Werden auch Sie aktiv – je größer der öffentliche Druck, desto besser! Informieren Sie sich bei uns, was Sie zum Erfolg der Kampagne gegen Roundup & Co. beitragen können. www.agrarkoordination.de/projekte/roundup-co

Weitere Hintergrundinformationen bietet die Publikation „Roundup & Co – Unterschätzte Gefahren“, Preis: 8 Euro, zu bestellen bei: bestellung@agrarkoordination.de



Um weiterhin unabhängig und kontinuierlich arbeiten zu können, benötigen wir Ihre Unterstützung!
Bitte spenden Sie (steuerlich absetzbar) an FIA e.V.
Stichwort „Roundup & Co“
GLS Bank
IBAN DE29 4306 0967 2029 563500
BIC GENODEM1GLS

› KONTAKT

AGRAR KOORDINATION
 Nernstweg 32, 22765 Hamburg,
 Tel. 040-39 25 26,
 Fax: 040/ 39 90 06 29
 Email: info@agrarkoordination.de
www.agrarkoordination.de



› IMPRESSUM:

Herausgeber:
 Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V.
 (Agrar Koordination)
Redaktion (V.i.S.d.P.):
 Julia Sievers-Langer
Layout:
 Druckerei in St.Pauli

Diese Beilage kann auch in großer Stückzahl bei der Agrar Koordination bestellt werden. Die Artikel finden Sie zudem auf unserer Internetseite zum Download.

› Diese Publikation wird unterstützt von:



Die Meinung der einzelnen Autoren spiegelt nicht notwendigerweise den Standpunkt der Förderer wider.